

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 13.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post abzugeben 60 Pf. Entgegengegen in die Postbelehrungsliste Nr. 6068.

Hannover  
Sonnabend, 29. Juni 1901.

Geschäftsunterhalt pro 3 geplatzt. Zeile über  
berer Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf.  
Differenz-Aufnahme 10 Pf. Redaktion:  
Schillerstr. 5. Verlag: Altklosterstr. 46.

10. Jahrg.

## Der Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900 über die Lage der Arbeiterinnen.

Von Louise Bieg.

I.

Der neueste Bericht des badischen Fabrikinspectors, der bisher mit Recht wegen seiner strengen Objektivität, seiner Bestimmtheit und seines tiefen Eindringens in die Zusammenhänge und Erscheinungen des gewerblichen Lebens besonders hoch geschätzt wurde, hat bei seiner Bearbeitung für die deutsche Sammelansgabe im Reichsamt des Innern viel von seinem früheren Werthe eingebüßt. Fast ganz fehlt das Kapitel — es ist statt dessen nur ein kurzer Hinweis — über Ursachen, Umsfang und Verlauf wirtschaftlicher Kämpfe, welches sonst mit besonderer Sorgfalt bearbeitet war. Trotzdem bietet der Bericht noch eine Fülle interessanter und wertvoller Materials. Von außerordentlich schätzbarem Werth sind auch die dem Bericht angefügten Tabellen über die Höhe in einer Reihe von Fabriken. Hier und da verstreut findet man ferner Bemerkungen, aus denen ein Bedauern herausklingt, daß die Wirksamkeit des Aufsichtsbeamten gegenüber verweslichen Ausbeutungspraktiken und Schamlosigkeiten einzelner Unternehmer, mangels gesetzlicher Handhaben, oft außerordentlich eingeengt wird.

Der Bericht beginnt mit einer Bezugnahme auf die Anstellung eines weiblichen Aufsichtsbeamten, des Fräulein Dr. von Richthofen. Es heißt mit Bezug hierauf unter Anderem:

Mit der gewohnten Offenheit habe die Arbeiterpresse, nachdem die Beamte die ersten Revisionen vorgenommen, erklärt, man habe nun mehr Gelegenheit gehabt, sich von der praktischen Erfahrung derselben zu überzeugen. Sie habe vollständig das Zeug, die Interessen der Arbeiterinnen wahrzunehmen. Die sichere und umsichtige Art ihres Auftretens berühre angenehm. Die anfänglich geäußerten Befürchtungen, daß ihre Wahl mit Bezug auf ihre Herkunft und ihre, wie rüchhaftlos anerkannt wurde, gründliche Bildung eine ungeeignete sei, weil wissenschaftliche Bildung allein keine genügende Garantie für die richtige Auffassung der Bedürfnisse der Arbeiterinnen sei, habe man nur übernommen im Interesse der Arbeiterinnen. Aber trotz dieser guten Aufnahme in Arbeiterkreisen seien die Sprechstunden, die bald darauf auf Wunsch der Arbeiterpresse eingerichtet wurden, nur in seltenen Fällen und dann nicht genügend in Anspruch genommen.

Es will uns scheinen, als gebe gerade diese Thatache zu einem Theil den Befürchtungen Recht, denen bei Anstellung der Beamten die Arbeiterpresse Ausdruck gab. Mag Fel. v. R. über eine noch so gründliche Bildung verfügen, mag sie ihr Doktorexamen in Staatsrecht und Nationalökonomie mit der Note zum laude bestanden haben, mag sie ferner die beste Absicht und den festesten Willen besitzen, mit der größten Unparteilichkeit und Energie ihres Amtes zu walten, ihr fehlt Zweierlei: Das Vertrauen der Arbeiterinnen und die praktische Erfahrung. Beides ist nicht im Handumdrehen zu erzwingen, sondern muß langsam und mühsam erworben werden. Beides ist aber sicher für eine Aufsichtsbeamte, soll ihre Tätigkeit eine wirkliche sein, ebenso nothwendig wie ein gründliches theoretisches Wissen. Daher ja auch unsere Forderung, zu solchen Posten Personen aus den Kreisen der Arbeiterinnen selbst zu wählen. Dieselben besitzen von vornherein das Vertrauen, das goldene Vertrauen der Arbeiterinnen. Auch haben wir innerhalb unserer Bewegung genügend Personen, die neben praktischer Erfahrung sich eine genügende Dosis theoretischen Wissens angeeignet haben, um für solchen Posten befähigt zu sein. In einer Beamten von der Herkunft und dem Auftreten des Fräulein v. R. sehen die Arbeiterinnen meistens nur die Dame, der es um so schwerer fällt, sich deren Vertrauen zu erwerben, da sie gewöhnlich eine andere Ausdrucksweise, man möchte fast sagen, eine andere Sprache, hat, eine ganz andere Lebensanschauung, sich meistens in vollständig anderen Gedankengängen bewegt, entstammt sie doch einem ganz anderen Milieu. Außerdem hat sie, wie es in dem Bericht heißt, nur bei der Erledigung von Beschwerden, welche die Arbeiterinnen mit

betreffen, Gelegenheit, denselben persönlich näher zu treten.

Ist nun durch die Anstellung eines weiblichen Beamten das Hinderniß, das einer offenen Aussprache und Beschwerdeführung seitens der Arbeiterinnen in Gestalt des männlichen Beamten, des *Angestammten des anderen Geschlechts*, entgegenstand, hinweggeräumt, so ist ein anderes wieder aufgetreten in Gestalt der *Angestammten einer anderen Klasse*. Während die Beamte sich nun abmüht, das so unerlässliche Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen, verstreicht naturgemäß eine ganze Spanne Zeit, bevor sich greifbare Erfolge ihrer Tätigkeit aufweisen lassen, bevor dieselbe zu einer so wirksamen wird, wie wir es im Interesse der Arbeiterinnen wünschen müssen. Für die Umstände von Rückwärtser und Bremsern an dem ohnehin längst festgefahrenen Karren der Sozialpolitik natürlich ein willkommener Bormand, das ganze Institut für unwirksam und daher für überflüssig zu erklären. Diese Gefahr ist noch bei Weitem größer in jenen Bundesstaaten, wo man Damen aus bürgerlichen Kreisen für diesen Posten wählte, denen auch noch jegliche Vorbildung fehlt, Fabrikantenwitwen u. s. w. Just diese Gefahr ist's, die uns die Pflicht aufwirkt, Kritik zu üben und zu erklären, so hatten wir uns das Institut nicht vorgestellt, und nicht etwa die Absicht, der Beamte ihre schwere Aufgabe noch mehr zu erschweren. Vielmehr werden wir Alles aufbieten, die so milhsmäßig erungenen Ansänge zur weiteren Entwicklung zu treiben. Zunächst dadurch, daß wir die Tätigkeit der bisher angestellten Beamten nach besten Kräften zu fördern suchen. Umso mehr, wenn sie, wie Fel. v. R., mit dem nötigen Ernst, der Energie und einem so gründlichen Wissen an ihre Aufgabe herantrete.

Mit einem allgemeinen Urtheil über die neue Beamte und das ganze Institut sei bei der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit noch zurückzuhalten, heißt es weiter. Bezüglich der Beamten stimmen wir dem zu, bezüglich des Instituts absolut nicht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß durch eine ganze Reihe von Einzelheiten aus dem weiteren Bericht nicht nur die Möglichkeit, sondern die zwingende Notwendigkeit weiblicher Inspektoren klarlich erhellt wird. Da ist zunächst die Zahl weiblicher Arbeiter in revisionspflichtigen Betrieben, die allein schon Beweis genug sein sollte. 50 236 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 7346 jugendliche Arbeiterinnen von 14—16 Jahren und 305 Mädchen, die noch keine 14 Jahre alt, aber nicht mehr schulpflichtig sind. Das sind 28,26 Prozent der Arbeiter überhaupt. Welch' sitzliche Gefahren dieselben nicht selten ausgesetzt sind, da es noch immer Arbeitgeber und deren Angestellte gibt, die der Meinung zu sein scheinen, daß das jus primae noctis des Mittelalters vom Krautjunker auf sie übergegangen sei, darauf ist in unserer Presse oft genug hingewiesen, und der Bericht liefert dazu neues Material. Auf Seite 17, unter der Rubrik „Aufrechterhaltung der guten Sitte und des Ustandes“, heißt es, daß ein junger, eben erst vom Militärdienst entlassener Mann, dem in einer Kistenfabrik mit ausschließlich weiblichen Arbeitern die Funktionen eines Werkmeisters übertragen, seine „Strafbefreiung“ (?) beträchtlich überschritten habe. Wegen geringfügiger Ungehörigkeiten schlug er die Arbeiterinnen mit der Hand oder einem Kistchen so sehr auf den Kopf, daß heftige Kopfschmerzen die Folge waren. Auch belegte er sie mit entehrenden Schimpfworten und machte Versuche, ihrer weiblichen Ehre zu nahe zu treten. Da die Arbeiterinnen sich scheuten, dem Fabrikbesitzer hier von Mithilfe zu machen, konnten diese Qualereien lange fortgesetzt werden. Diese Schau, Beschwörde zu führen über erlittenes Unrecht oder zugefügte Bekleidungen, wird aber sicher nicht allein dem Arbeitgeber gegenüber bestehen, sondern jedenfalls auch gegenüber dem männlichen Fabrikinspektor. Noch schlimmer liegt die Sache in einem anderen Fall, wo der Fabrikbesitzer sich manche Handlungen gegenüber den Arbeiterinnen erlaubte, die ihr Gefühl verletzten, und der sich außerdem nicht scheute, sie durch Verprüfung und Schenke zur Duldung unsittlicher Handlungen zu veranlassen. In all' solchen Fällen, wo die Scham der Arbeiterin den Mund verschließt gegenüber einem Manne, wird sie mittheilsamer einer Geschlechtsgenossin gegenüber sein. Es tritt da einfach ein natürliches Zusammen-

gehörigkeitsgefühl in Erscheinung. Mit Hilfe dessen wird auch unbedingt weit schneller und leichter die „außallende Schläterheit“ überwunden werden, über die der Bericht sagt, daß sie der Durchführung der gesetzlich erlassenen Schutzbestimmungen hindern entgegenstehe. Um so mehr, da sie von den Meistern ausgenutzt werde, indem sie den Arbeiterinnen verbieten, etwaige Übertritte einzugehen. Eine jugendliche Arbeiterin in einer Uhrenfabrik, die augenscheinlich falsche Angaben über Beginn und Ende der Arbeitszeit gemacht, erklärte auf Vorhalt, daß sie geglaubt, sie dürfe es nicht sagen. Zu der Schläterheit und Zurückhaltung dem männlichen Beamten gegenüber kommt in den beiden Fällen allerdings noch die Scheu, die resultiert aus dem Bewußtsein oder mindestens aus dem Gefühl wirtschaftlicher Abhängigkeit, das um so größer ist, so lange die Arbeiterin sich keinen kräftigen Rückhalt in dem Anschluß an ihre Organisation geschaffen hat.

## Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die vorübergehende Belebung des Arbeitsmarktes zu Beginn des Frühjahrs hat schnell dem weiteren Rückgang Platz gemacht. Während sonst der Mai eine Zunahme der Beschäftigten bringt, zeigt er in diesem Jahre nach der Berichterstattung der Krankenkassen, soweit sie an den von Dr. Jägerow herausgegebenen „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, Abnahme von — 0,1 Proz. (gegen + 2,2 Proz. 1900). Um so rascher ist das Angebot an den Arbeitsnachweisen gewachsen. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 145,9 Arbeitsuchende gegen 106,6 im Vorjahr. Speziell an Metallarbeitern kamen in Stuttgart auf 100 offene Stellen sogar 185,4 Arbeitsuchende gegen 103,3 im Vorjahr. In Cannstatt wurden 15 Schlosser gesucht, gemeldet haben sich 197! In Karlsruhe finden Arbeiter der Eisenbranche gegenwärtig überhaupt keine Stellung. Der allgemeine Rückgang wird noch beschleunigt durch die ungünstigen Aussichten in den nächsten Monaten. Die in weiten Theilen des Reiches zu erwartende Wickerlite läßt mit Sicherheit auf eine Verringerung des Konsums der ländlichen Bevölkerung schließen. Erfreuliche Momente, wie die einstweilige Beendigung der chinesischen Waren, vermögen die Unternehmungslust nicht anzuregen.

Für das starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist die seltene Erscheinung charakteristisch, daß der sonst aus dem Osten nach Westen sich vollziehende Zug von Arbeitern in diesem Jahre plötzlich eine umgekehrte Richtung erhalten hat. Seit einiger Zeit bringen die in Berlin einlaufenden Züge der Hamburger und Lehrter Eisenbahn Scharen von Arbeitern aus dem Westen, die sich dort vergebens nach Arbeit umgesehen haben oder aber nach längerer Beschäftigung entlassen worden sind. Auch die Bestrebungen gegen das Einströmen ausländischer Arbeiter auf den deutschen Arbeitsmarkt sprechen für die Bildung einer industriellen Reservearmee. Vor kurzem verlautete, daß sächsische Fabrikanten sich bei der Regierung für ein Einwanderungsverbot für ausländische Arbeiter ausgesprochen hätten, und nun mehr wird bekannt, daß eine Reihe thüringischer Gemeinden eine Petition an die Reichsregierung gerichtet habe, die ein Verbot der Masseneinwanderung tschechischer und polnischer Land- und Industriearbeiter nach Deutschland fordert. Wie billig müssen angefachts solcher Bestrebungen gegenwärtig die deutschen Arbeitskräfte schon zu haben sein?

Überproduktion in der Zementindustrie. Daß der Rückgang an Zement gering, beweist der Umstand, daß die kaum zwei Monate im Betrieb gewesene Portland-Zement-Fabrik in Waals-Holland bei Aachen schon zum Verkaufe ausgeboten wird. Bekanntlich hatten die Mitglieder des nordwestdeutschen Portlandzement-Syndikats auf einer Zusammenkunft in Hannover beschlossen, jede neue Fabrik niederguzulassen. Zwischen den Zementgruppen tobte ein erbitterter Konkurrenzkampf und man hofft, daß noch im Laufe dieses Jahres dieser Kampf eine Einigung der gesamten Zementindustrie herbeiführen werde. Voraussetzung der Vereinigung bildet eine allgemein weitgehende Betriebseinschränkung aller Zementsfabriken.

Also noch größere Arbeitslosigkeit für die Kollegen in der Zementindustrie.

Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. In einer Volksversammlung in Wien sprach der Genosse Adler über die Alkoholfrage. Seinen Ausführungen ent-

Nehmen wir folgende interessante Stellen: Wir haben gelernt, daß der Alkoholismus eine Krankheitsform des Kapitalismus ist, die mit dem Kapitalismus verschwinden wird; richtig ist das aber nicht. Ebenso gut können wir sagen, daß es unmöglich ist, die Unwissenheit, die ja gewiß nur eine Erscheinungsform des kapitalistischen Gesellschaftsvermögens ist, ausrotten zu wollen, da sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden kann. Wahr ist, daß die Schäden des Alkohols durch den Kapitalismus begünstigt werden. Zum Dank dafür begünstigt der Alkoholismus den Kapitalismus, indem er das Volk über seine eigene Lage täuscht. Gesehen wir uns es offen: Wenn nicht mehr Schnaps und Bier getrunken würde, als nötig ist, sich über den Hunger hinwegzutäuschen, würde der Finanzminister ein erheblich schlechteres Geschäft machen. (Heiterkeit.) Man sagt oft, die Leute haben kein Geld, Zeitungen und Broschüren zu kaufen (oder: sich der Gewerkschaftsorganisation anzuschließen). Brutal wie ich war, bin und sein werde (Heiterkeit), erwidere ich: „Erhält nur ein Krugel Bier und einige Schnäpse weniger und Ihr könnt Broschüren genug kaufen und auch die Beiträge für die Organisation begleichen.“ Unsere Bestrebungen laufen nicht auf Enttäuschung hinaus, wir wünschen vielmehr, daß alle Menschen Alles genießen können, was genießenswert ist. Der Alkohol vermehrt aber nicht die Summe unserer Lebensgenüsse, sondern vermindert sie. (Beifall.) Macht es nicht mehr Freude, ein gutes Buch zu lesen oder mit vernünftigen Genossen über vernünftige Dinge zu reden? Um wie viel präziser, energischer würde unsere politische Arbeit verrichtet werden, wenn der Umstand, daß schon manche Hoffnungsvollen Parteigenossen dem Alkohol verfielen, nicht wie ein Schwergewicht auf sie gedrückt hätte. Nicht nur Hygiene und Vernunft, sondern auch das Interesse der sozialen Bewegung, der wir dienen, verlangt von uns, daß wir mit aller Kraft den Alkoholismus bekämpfen — bei uns und bei den Anderen. (Stürmischer Beifall.)

## Vom sozialen Kampfplatz.

— In Köslin ist der Kampf noch nicht beendet, vielmehr scheint er von Woche zu Woche an Schärfe zunehmen zu sollen. Ein Gewerbericht, das als Einigungskampf fungieren könnte, existiert am Orte nicht, der Bürgermeister ist dadurch, daß die Stadt ihre Arbeiter wegen Verbandszugehörigkeit entließ, gewissermaßen als Partei anzusehen und der Gewerbeinspektor, dem man auf Anrathen des Verbandsvorstandes angerufen, hat versagt. Er will wohl vermitteln, wenn vorher die Arbeiter bedingungslos die Arbeit aufgenommen haben! Stellt er auch die Forderung an die Unternehmer, daß diese bedingungslos die ausgesperrten Arbeiter aufnehmen, ohne daß diese ihren Austritt aus der Organisation erklären?

— In Hamburg sind in dem Baugeschäft von Kleinsold u. Kellß Differenzen ausgebrochen, die zur Einstellung der Arbeit führten, von unseren Verbandsgenossen sind 14 beteiligt.

— In Hamburg legten am 17. Juni die am Benoer Bahnhof bei Steiz u. Trebitz mit der Ausschüttung beschäftigten Arbeiter, 21 an der Zahl, die Arbeit nieder. Anschl. dazu waren frühere Lohndifferenzen und Pflegegeldungen. Die Lohnkommission war porträtiert und es wurde versprochen, statt 40 Pf. 45 Pf. pro Stunde zu bezahlen. Bis Montag, den 17. Juni, war das Versprechen noch nicht erfüllt. Daher Einstellung der Arbeit. Ein abermaliges Einbrechen der Lohnkommission erfolgte, wobei der Unternehmer erklärte, der Mehrzahl der Arbeiter 45 Pf. bezahlen zu wollen. Bei Arbeiten, die er aber von seinen Leuten in Lohn ausführen lasse, erhält er selbst nur 45 Pf. die Stunde, er könnte also 45 Pf. für diese Arbeit nicht bezahlen. Das Abkommen wurde den Kollegen unterbreitet, welche beschlossen, um anderen Lage die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter erhalten für 10 Arbeitstage 5 Pf. pro Stunde nachgezahlt.

— Nach dem „Arbeitsmarkt“ standen in Braunschweig im Mai 15 Ziegler, im Stoß Arbeiter einer Gummiträger-Fabrik im Streit. Unsere Kollegen an den Werkstätten halten wohl einmal Umschau, ob die Seite organisiert sind.

— In Weimar wollen die Besitzer der Gesäßgefäßfabriken eine Unzahl Verbandsmitglieder maßregeln, es ist daher Zugang fernzuhalten.

— Achtung, Gewerkschafter! In der Celluloidzärgen-Fabrik von S. Mendelssohn zu Leipzig-Zindelau haben schmiedliche in Betracht kommenden Arbeiter (11 männlich und 3 weiblich) die Arbeit niedergelegt. Die sozialwährenden Abzüge an den Arbeitgeber, die ohnehin die niedrigsten Löhne dieser Fabrik in Leipzig waren, haben die Arbeiter veranlaßt, nachdem ihnen wieder neue Abzüge erst in den letzten Tagen angekündigt wurden, in den Ausstand zu treten. Alle Verhandlungen wurden von dem Unternehmer gründlich verhindert.

— Der Gummirbeiterstreit ist beendet auf Grund eines Beschlusses, der am Sonnabend, den 15. d. Monats statt fand. Auf Besetzung des Kollegen Steiz-Braunerwerke wurde es der Herr Steiz mit einer 25 Pf. pro Stunde, und einer 50 Pf. pro Stunde Gummirichtung bestimmt. Die von Steiz und der Schiedsgerichtung in Aussicht gestellten Forderungen waren:

1. Befreiung der bereits gewünschten Zusatzabzüge für die eigenen Bedürfnisse.

2. Beseitigung eines weiteren Arbeitsmisses für die bei den Gesäßgefäßfabriken beschäftigten Arbeiterinnen.

3. Beseitigung einer Lohnabschöpfung für Celluloidzärgen (siehe in der Zusage).

4. Einstellung des Ausständigen nach Möglichkeit. Wie bei der Auflösung dieser Forderungen befriedigten waren, steht nun nicht ein, daß weitergehende Forderungen bei der Situation, wie sie für die Streikenden gegeben worden war, eine Beendigung überhaupt unzulässig machen würden. Nach Kundenlangen Verhandlung legte die Direktion den Summa-Haft der Firma ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ in folgendem Augenblick ein:

1. Die Direktion wußt. Sie in der Fabrik beschäftigt gewerkschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit wieder einzustellen, behält sich aber freie Auswahl vor.

2. Die Fabrik wird die am 15. März d. J. beschäftigten und bereit in Kraft getretenen höheren Gehälter für diejenigen Sorten Schuhe, bei deren Herstellung durch veränderte Konfektion eine Mehrarbeit entstanden ist, auch den wieder eintretenden Arbeitern und Arbeiterinnen zahlen.

3. Der tägliche Lohn für eine mittlere in der Fabrik beschäftigte Arbeiterin wird bei genügendem Fleiß und regelmäßiger Arbeit mindestens zwei Mark betragen, selbstverständlich noch vollendeter Bezahlung.

4. Eine Lohnabschöpfung auf Ganzenabschluß kann die Direktion bis auf Weiteres nicht in Aussicht stellen.

So das Angebot, das den Streikenden drei Stunden nach abgeschlossenen Verhandlungen zur Entscheidung vorlag. Es geht in dem Punkt 1, Einstellung der Ausständigen, hinter das zurück, was bereits im Mai zugestanden war. In Punkt 2 und 3 entspricht es den Forderungen der Streikenden. Diese halten es für selbstverständlich, daß sie fleißig und regelmäßig arbeiten. Die organisatorischen Arbeiter verzögerten aus Sicht machen, wollen dafür verlängerte Tage gesetzten, in der sie regelmäßig arbeiten können, wenn die Fabrikleitung für regelmäßige Beschäftigung sorgt. Auch Punkt 4 ist eine endgültige Abklärung der Arbeitserfordernung nicht. deren Realisierung ist vielmehr bis auf Weiteres vertagt. Der Abschluß auf dieser Grundlage ist ein schlechterer, wie er bereits vor wenigen Wochen möglich gewesen wäre, damals aber durch Erschluß der Streikenden, die sich die Situation von Woche zu Woche günstiger für die Fabrik gestaltet, sodass Steiz, sollte der Vorwurf nicht ganz in Frage gestellt sein, der Versammlung empfohlen müsste, auf Grundlage des Zugeständnisses den Kampf zu beenden. Nach eingehender Auseinandersetzung beschlossen die Streikenden, die Arbeit aufzunehmen. Eine Resolution spricht die Gewerkschaft aus, daß der Punkt 1, Einstellung der Ausständigen, von der Direktion in logaler Weise zur Ausführung kommt, eventuell ist noch einmal der Bürgermeister anzuziehen; eine andere Resolution fordert, daß nunmehr die Direktion die Streichung der Namen der Ausständigen von der schwarzen Liste veranlaßt. Die Hauptforderung, um derer willen besonders die Arbeiter die Fabrik verlassen haben und an deren Ablehnung bislang auch alle Vergleichsverschärfungen sofern eine bestimmte Lohnabschöpfung zu sichern, ist also nicht erfüllt.

Die Forderung scheiterte in Folge der ungünstigen Wirtschaftslagejunktur. Das Plus an Arbeitskräften, welches der Arbeitsmarkt aufweist, verfügt man immer mehr nach Hamburg zu leisten; wenn nun auch dieser Versuch lange nicht in dem von der Fabrik gewünschten Maße gelang, so war der Zugang doch nicht unbedeutend.

Das Koalitionsrecht gibt uns als Kampfsmittel bei Streits die günstige Überredung der Arbeitswilligen zur Fortsetzung ihrer Arbeitserhaltung. Dieses legale Mittel anzuwenden waren die Streikenden in Hamburg gehindert. Auf jeden „Arbeitswilligen“ kam ein „Beschäftiger“ und sogar über das Zählen der Angekommenen ereiferte sich einer der Ordnungsstädte. Vom Bahn-Toupee bis zur „Arbeitswilligen-Polizei“ waren die Streikenden von Beschäftigten geradezu umschwemmt. Das „Empfangskomitee“ der Kaufleute bestand aus Meistern, Technikern, Komptoirpersonal und Polizeibeamten. Angleich hat die „Gummi“ den Kaufleiterstand in einer Weise betrieben, der den Gesetzen geradezu höhnisch spricht. Ihre Verträge sind eine Verhöhnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung. — Und in welcher Weise hat sich das Preßbüro und „Schuhkast“ die Verhöhnung am Orte betrieben! Leute, denen man höchstens den Formular machen kann, daß sie aus Humanität sich zu sehr von den Streikenden schreiben ließen, um den Gewerkschaftlerinnen gleich zu einer Lohnabschöpfung zu verhelfen, die aber sonst von diesem Kampf weiter nichts hatten als Opfer an Zeit und Geld, durcharbeitete Räte, diese Leute beschimpfte man in den Zeitungen Hamburgs als „saubere Büchsen“, „Gefallen“, unterstößt ihrem Verhalten die ehrenhaftesten Motive, den schmäligsten Eigentum. Eine rechte Kapitalistenfeinde, ein ständiger kapitalistischer Preßball, kann für eine Lohnabschöpfung ohne schwere, ungewöhnliche Bezahlung ja auch nicht vorstellen. Für die ganze Hamburger Presse war der Wille der „Gummi“ in Greifswald.

Der Wille der leichten Heftete, daß der Streik in Grund mit Leben erinnert wurde, und die Freudenreiche verdonnerte ihn. Kein einziges Blatt hat der Streikenden mit einem objektiven, anerkennenden Worte gedacht. Und doch wies der Streik auch für die erhabene Elemente auf, die sonst grundsätzliche Feinde eines Streiks sind. Ein erhabender Moment, der Erhöhung und Erneuerung herausforderte, war es, als die Kollegen, selbst garnichts forderten, die Arbeit niedergelassen, nur um den schwächeren Kolleginnen die Durchhal tung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Dieses Vor gehen der Kollegen, obwohl raffiniert verfehlt, war direkt von den edelsten Motiven, den Opfergeist und Mühseltrieb, — nicht der Rücksicht, die man so gern im Stande führt und die billig ist, sondern jener, die Erneuerung und Wandel anzeigt. Über für den Sittenlob der das Glück- und Wangel anzeigt. Der Schaden für die Schwachen beschäftigt, haben unsere Ordnungsfeldern kein Verständnis.

Die Gummirbeiter in Deutschland haben aus dem Kampfe die Lektion gezogen, daß für sie zur Befriedigung ihrer Interessen die Organisation notwendig ist. Wäre die Beteiligung der Gummirbeiter an ihrer Betriebsvereinigung eine bessere gewesen, dann könnte das Schauspiel nicht eintreten, das zu derselben Zeit, wo der Zentralverein deutscher Gummirbeiterfabriken in Hamburg eine Solidaritätserklärung für die Hamburger Fabrik sozierte, in Seelhausen, Binden und Hanover Streikarbeit fortgesetzt wurde. Am Ende gemacht wurde — und dieser Streik geht, wie so viele andere vor ihm, den Kollegen des Berufes die Mahnung: „Berat, Ihr seid gewarnt!“ Vereinigt Guß!

— Nachricht: Viele Gewerkschaften fordern nun die Fabrikleitung von den fünf zur Annahme befindenden Ausfällen aus dem Berab und Lieferung unserer Mitglieder ausdrücklich. Sie meinen, das sei eine illegale Auslegung ihres Zusammenschlusses. Ein einzelnes Ereignis hat sie veranlaßt und darüber hinaus ist ein anderer Stellvertreter gerichtet, sie hält aber daran fest, daß ihr eine Auskunftserteilung gegeben wird. Das Unternehmen in Hamburg empfiehlt weiteren Kolleginnen und Kollegen, diese Forderung zu geben. Es besteht nicht gegen die Güte und Moral, wenn ein Gespräch geben und es nicht halten. Wolle die Gummirichtung bestimmen zu lassen, sie könne sie bekommen. Dieser Erklärung schließen wir uns an mit der ausdrücklichen Bedingung, daß wir in dem jeweilen Verhältnis der Direktion einen großen Verstoß gegen Punkt 1 des Schiedsvertrages.

Zur Charakteristik der Streikbrecher. Wiederum ist die moralische Qualifikation der Streikbrecher zu sein. Sie ist in der Regel auch ihre Arbeitsleistung. Anfänglich des Maurerstreiks in Stettin berichtet ein dortiges bürgerliches Blatt: Die Arbeiten der am Stelle der Streikenden eingestellten Maurer seien so mangelschafft, daß die Meister nicht damit zufrieden seien könnten. In Folge dessen soll ein Teil der Italiener bereits wieder abgereist sein.

Welcher Qualität mögen erst die Pneumatics, Schläuche, Luftklappen, Regenmantel u. s. w. gewesen sein, die die Arbeitswilligen in Harburg mit den paar Gebliebenen zusammengebracht haben? Die Abnehmer werden ihre „Freude“ daran haben.

## Im Auftrage des Gauroverbandes.

von Stettin unternahm Unterzeichneter vom 29. Mai bis 18. Juni eine Reise um die Welt im Gau 9.

Die erste Versammlung tagte in Zehnitz. Dieselbe war trotz der großen Höhe recht gut besucht, hauptsächlich von Frauen. Leider mußte schon um 10 Uhr wegen der geltenden Polizeistunde Schluss der Versammlung eintreten.

In Wolgast tagte die Versammlung noch unter der Nachwirkung der zwei Tage früher stattgefundenen Erfahrung des Kreises Greifswald-Gremmen. In Folge dessen waren sie nur mäßig besucht. Die in Elsterwerda in der Tagung erfreute sich eines guten Besuches. In Bödebach-Griedeburg war die Versammlung sehr gut besucht, auch fand eine lebhafte Diskussion statt und wurden einige Mitglieder gewonnen.

In Stettin fand zunächst eine Versammlung statt. Die erste, im Mittelpunkt der Stadt, tagte in einem kleinen ca. 50 Personen fassenden Lokal. Die beiden anderen, den Arbeitern zur Versammlung frei stehenden Lokale liegen außerhalb der Stadt. Tag nun der weiße Weg oder die geringe Vorortstation schuld an dem schlechten Versammlungsbesuch. Thatsache ist, daß die Versammlungen sehr schlecht besucht waren. Die Arbeitnehmer fehlten in allen Versammlungen, und doch ist gerade in Stettin eine große Anzahl weiblicher Arbeitskräfte vorhanden.

Nach einer bereits im April getroffenen Vereinbarung hatte der Volksverein von Bredow eine Mitgliederversammlung einberufen, wo versucht werden sollte, auf die Volksorganisationen einzutreten, sich dem Zentralverbande anzuschließen. Unterzeichnet behandelte das Thema: „Die Organisation der Zeitzeit.“ Hieran klappte sich eine mehrstündige Debatte. Verschiedene Redner hielten nun auch recht tapfer auf die Zentralorganisationen verschiedener Verbände ein, betonten, daß überhaupt der ganze wirtschaftliche Kampf zwecklos sei. Die Hauptthese ist die politische Bewegung. Die meisten der Diskussionsredner ergingen sich in recht unliebsame persönliche Angriffe auf die Bevollmächtigten der Büttelower Zollstelle, denen es leider nicht möglich war, sich zu wehren, da ihnen das Wort nicht ertheilt wurde.

Das Ganze, was erzielt worden ist, ist folgendes: Die Mitgliederversammlung genannten Vereine erklärten, ihren Verein nicht als Kampfsorganisation, sondern lediglich denselben als Unterstützungs-Verein zu betrachten und demgemäß in der nächsten Versammlung die Statuten zu ändern.

Eine zwei Tage später von unserer Zollstelle einberufene Versammlung in Bredow erfreute sich eines guten Besuches und wurden einige Mitglieder gewonnen.

In Stolzenhagen sollten in Folge der Tag- und Nachtarbeit zwei Versammlungen stattfinden. Die erste am Sonnabend Abend war recht gut besucht und scheint es, als ob die Leitung der jungen Zollstelle sich in guten Händen befindet. Die zweite Versammlung war für Sonntag früh 7 Uhr angelegt, konnte aber wegen schlechten Besuches nicht abgehalten werden.

Nachmittags fand eine Mitgliederversammlung der jungen Zollstelle Böhlitz statt. Dieselbe war gut besucht und fanden noch einige Ausnahmen statt.

Nun ging es nach Köslin, um den dort kämpfenden Brüder und Schwestern Mut und Ausdauer anzuregen. Weder Annoncen noch Handzettel waren zur Bekanntmachung der Versammlung benutzt und doch ein so großer Besuch zu verzeichnen. Saal und Garten, alles war überfüllt und herrschte unter den Ausgezeichneten eine hoffnungsvolle Stimmung.

In dem von Köslin in ca. einer Stunde zu erreichenden Ort Bannow fand gleichfalls eine von ca. 500 Personen besuchte Mitgliederversammlung statt. Die dortigen Arbeiter, größtenteils weibliche, sind dort in den zwei am Orte befindlichen Streichgolfsfabriken beschäftigt. Hier verdienst die Männer ein ständiger Arbeitszeit 1,65 Pf. pro Tag, die weiblichen 1,60 Pf. gleicher Stundenzahl nur 95 Pf. und Angestellten gar nur 60 Pf. pro Tag. Wahnsinn, eine längliche Entlohnung für solche gefundesschädliche Arbeit. Phosphor-Erkrankungen, sogen. Phosphorose, sind dort nichts Selenes. Auch über die Behandlung, sowie über ungenügende Fabrik-Inspektion wurde klage geführt.

Der Verlauf aller Versammlungen lädt die Hoffnung bestmöglich erscheinen, daß durch die Agitationen der gesunkenen Mut neu belebt ist und eine Anzahl neuer Wahlkämpfer für unseren Verband gewonnen wurde. Leider konnten nicht alle Orte, die zum 9. Gau gehören, berücksichtigt werden wegen Einschränkung des Referenten.

M. Käppler,  
Dresden.

## Kolleginnen, Kollegen!

Denk an den Streikfonds! Neben den Marken à 25 und 50 Pf. sind auch Lizenzen von uns zu haben.

Mit Kolleg. Gruss  
Aug. Greb.

## Korrespondenzen.

Mein Sonnabend, den 1. Juni, Wands 8 Uhr, fand unsere Mitgliederversammlung im „Gothaus zum Löwen“ statt zu welcher Kollege Börner aus Cannstatt erschienen war. Nach Erledigung der Einzahlung und einiger Aufnahmen wurde zur Wahl des ersten Bevollmächtigten geschritten. Kollege Börner erzielte die Mitglieder in längeren Ausführungen, die nun mehr ergreifende Sache der Organisation ihres Hochhauses, fest und treu zusammenzuhalten und nur einen solchen Kollegen als ersten Bevollmächtigten vorschlagen, von dem sie die Gewaltigkeit haben, daß er sein Amt jederzeit zum Wohl des Verbandes ausüben wird. Als solcher wurde nun Kollege Grams eingeschworen. Die Stelle des Büttelower Zollstelle übertragen. In der nächsten Versammlung wird die Wahl des zweiten Bevollmächtigten sowie der Beisitzer vorgenommen werden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Organisationen hier am Orte erstarlen, denn eine Ver-

abding, wie man sie hier jetzt zu leben. Die Löhne der Arbeitnehmer um Dresdner gewesen zwischen 1.700 RM bis 2.200 RM.  
Was wir hier zu über die setzen. Bei den Arbeitnehmern  
Schwank der Lohn zwischen 80 RM bis 1.500 RM.  
Passen wir die Wirtschaft immer mehr bei Großstädten an.  
Durch das gesamliche Seilen einer Organisation in allen uns  
Umgebung können die Unternehmer auch mit den Arbeitern  
umgehen, wie sie wollen, und in den meisten Geschäften zu  
neben der schlechten Bezahlung 14tägiger Batztag, so dass die  
meisten Arbeiter auf Bergen ungenötigt sind. Sehr viele  
Arbeiter von der Umgebung kehren neuen Beträgen Arbeits-  
zeit noch Stundenlänge Arbeit zu wünschen, als sie vor dem er-  
reichen. Daher kommt es auch, dass diejenigen Arbeit  
beginnen, wenn sie haben einen Betrag vom Kunden, und  
geringer zum Leben. Darum ist es Pflicht unserer Organisation,  
uns bahnbrechend nachzugeben und die Schläfer auszurütteln.  
Den großes Arbeitsfeld haben unsere Kollegen hier vor sich, doch  
nach Gebet keinen Mann stellen, und wo es nur irgend möglich  
ist, für arbeitslosen Menschen nützlich, "soziale Rolle" auch, nur wohltuende  
Begnern achtunggebietend dastehen. Dies für die Organisation  
und alles durch die Elbe.

**Witten-Ostholz.** Eine getrenntgeleitete Sitzung fand am 22. Mai bei Herrn Wolters. Als der vorgelegten Abrechnung vom Stiftungsamt ergiebt sich ein Überschuss von 60,26 Mr., in welchen u.a. die beiden Kaufstellen thellen. „Der Terrorismus der Arbeitgeber“ referierte der Arbeiter-

sechter Müller. Besichtigung der Bibliothek wurde beschlossen, die Bücher beim Kollegen H. in Verwahrung zu lassen. Den Bericht vom Arbeitssekretariat erstattete Kollege B. Das Verdienstvergütungen wurde auf den 19. Oktober festgelegt. Unter "Verchiedenes" erregte Kollege B. das Interesse, der das Verhältnis der Lohnkommission in Hamburg testifizierte. Er ist der Ansicht, daß die Lohnkommission verpflichtet gewesen wäre, gleich beim Beginn des Streiks auf der Büders'schen Reismühle die Bahlstellen Altona und Ottensen zu verständigen, daß einige ihrer Mitglieder beteiligt seien. Außerdem sei der Fehler begangen, daß unsere Kollegen vom Betriebe ausgeschlossen wurden. Kollege Dr. meint, daß letzteres ein Gruthum sein müsse, nur von der Unterstützung seien die Betroffenen ausgeschlossen, weil sie zum Bezug noch nicht berechtigt seien. (Auch das wird nicht zutreffen. Wir haben verlangt, daß die Nichtbezugsberechtigten aus der Kollektive untersucht würden. Das ist unseres Wissens auch geschehen.) Die Lohnkommission hat angeordnet, daß jede Bahlstelle ihre beteiligten nichtbezugsberechtigten Mitglieder unterstüzt. Die ganze Differenz würde nicht sein, wenn die Kollegen von Altona-Ottensen nicht aus der Lohnkommission ausgeschlossen wären. D. (Med.) Darauf wurde beschlossen, der Hauptkasse 50 M. zu überweisen. Dann wurde angezeigt, daß jedes Mitglied alle 14 Tage eine Streikmappe nehmen müsse, um dem Streikfonds größere Geldmittel zuzuführen. Aus dem Bericht von der Bibliothek ist zu entnehmen, daß an dem Bestande 6 Bücher und 3 Broschüren fehlen. Die Einnahmen für die Bibliothek betrugen 15 M. Die Summe ist aber noch in Händen des Bibliothekars, der, weil er sich mit der Ablieferung nicht beschäftigt, energisch wegen der Begleichung gewahrt, allenfalls verklagt werden soll.

**Gilbed.** Mitglieder-Verhanslung vom 30. Mai, Abends 9 Uhr, bei H. Schneider, Landsbecker Chaussee. Über Punkt 1 der Tagesordnung: Streik der Harburger Gummifabrik, rese-rierte Genosse Martens-Harburg. Da der Streik in jeder Be-ziehung ein berechtigter ist, beschloß die Verhanslung, die Streikenden finanziell zu unterstützen und deshalb Sammellstiften zirkulieren zu lassen. Den Kariellbericht erfasste Rossege Böttger. Das Festkomitee zu dem am 2. Juni bei Hammer stattfindenden Sommervergnügen wurde um 12 Personen ver-mehrt. Da das Mitglied Holz schon 4 Monate mit Füchtung des Weltkriegs im Rückstande ist, wird derselbe gemäß § 7 Ab-satz 2 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen.

Glimshorn. In der Versammlung am 8. Juni hielt Herr Laufstöter-Hamburg einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf ums Dasein in der menschlichen Gesellschaft.“ Redner betonte, daß die Menschen sich in uralten Zeiten nur dadurch von den Thieren unterschieden hätten, indem sie höhere geistige Veranlagung besaßen und dadurch im Stande waren, sich Werkzeuge anzufertigen und mit deren Hilfe sich zu Herren der Natur zu machen und als das am höchsten stehende lebende Wesen dastehend, allmählich zu der heutigen Kulturstufe angelangt seien. Der Kampf ums Dasein zeige sich jetzt allerdings in anderer Gestalt wie bei den Naturvölkern, aber der Schmachere müsse noch Heiß von dem Stärkeren unterdrückt. Redner kritisierte alsdann noch das Verhalten der Behörden gegenüber den heutigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit; anstatt den Schwächeren, also der Arbeiterklasse, zu helfen oder doch wenigstens sich neutral zu verhalten, siehe der ganze Apparat der Kapitalistenschaft zur Seite, die Arbeiter ständen also in ihrem Kampfe allein da. Redner forderte alsdann die Kollegen auf, im Kampfe nicht zu erlahmen und immer neue Motivationen zu werden. Der Kollege St. gab hierauf den Parteilbericht, worauf noch die Wahl des Festkomitees zum Gewerkschaftsfest vorgenommen wurde. Nachdem dann noch der erste Bevollmächtigte bekannt gegeben, daß am 7. Juli eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher die Kollegin Fieß referiert, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

erfolgte Schlag der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Einschau.** Der Streif in der Webefabrik des Herrn Wlening von 1898 wird noch den meisten Kollegen bekannt sein. Seit dieser Zeit bestehen in der genannten Fabrik recht eigenartige Zustände. Herr B. hat im vorigen Jahre noch eine große Webefabrik errichtet, in welcher ca. 300 Arbeiter beschäftigt werden können. Schon während des Bauens dieser neuen Fabrik meldeten sich auffallender Weise so viel Arbeiter, daß Herr B. viele hat abweisen müssen. Arbeiter von den übrigen Webefabriken, sowie sonstige beschäftigte Arbeiter, Alles lehnte sich nach der großen Fabrik, in der Hoffnung, dort bei gutem Verdienst feste Arbeit zu bekommen. Aber die Sache kam anders. Abgesehen davon, daß die neue Fabrik noch niemals in vollem Betriebe war, legte Herr B. gleich zu Anfang einen neuen Lohntarif vor; die Arbeiter unterstüdzten denselben auch nach einigen Abänderungen. Jetzt wurde drauf Los geschustet; einige Arbeiter verdienten trotz erheblicher Abzüge noch denselben Lohn. Nachdem dann Herr B. aber auch gute Arbeit verlangte, hatte es mit dem guten Verdienst ein Ende. Die alte Fabrik hat Herr B. inzwischen geschlossen; in der neuen Fabrik finden fortwährend Entlassungen statt. So daß

neuen Fabrik finden fortwährend Entlassungen statt, so daß wohl nur gegen 60 Arbeiter in den großen Stämmen beschäftigt sind. Richtig auffallend zeigt sich hier auch das Blize-System; frühere Verhältnisse wirkt. Alles, was sich überhaupt nach einem solchen System lebt, findet sich dort ein. Diese behandeln denn auch die übeligen Arbeiter in unschöner Weise. Zeit ist es denn auch dahin gelommen, daß nicht wie 20 Mr. pro Woche nicht verdient werden darf, wer es überhaupt trotzdem noch fertig bringt, nicht zu verdienen, denn wird das Kleid einfach abgezogen. Diese Erfahrung mußte natürlich erst ein Arbeiter machen, der es fertig bekommen hatte, in fünf Tagen diese Summe zu verdienen. Natürlich ist der weitaus größte Theil der Arbeiter nicht organisiert. — Eine Reise für die übrigen Arbeiter, wie sie behandelt werden, wenn sie wie

**Zeitungsausschuss.** In unserem gelobten Lande Westfalenburg bedürfen politische Versammlungen der Genehmigung der Regierung resp. Ministeriums. Richt öffentliche Versammlungen brauchen überhaupt nicht angemeldet zu werden. So machten wir es auch mit der Versammlung, die am 30. Mai mit einem Referate der Frau Röhler-Dresden tagte. Es waren nur Mitglieder, also ein bestimmter Kreis von Personen, direkt geladen.

Das Recht auf erhebliche durch geschäftsmäßigen Betrieb entstehende Gewinn ist eine Verpflichtung zur Einwendung gegen Abrechnung nicht vor. Zugleich mit der Berechtigung, bei Geschäftsmäßigkeit anderer Gewinn zu erzielen, eingesetzt werden.

versammlung. Am 3. Mai sagte der Vorsitzende  
verschiedenartig. Der erste Geschäftsvorsteher eröffnete den Be-  
richt von der Gardesession. Er theilte mit, daß zu den  
Gardeteilen, von denen statt Gürtelketten ein Rückgang der  
Mitglieder zu verzeichnen sei, auch die Gardeteile Stenamüthien  
gehören. Hier seien viele Arbeiter aus Angst aus dem Ver-  
bande getreten, weil sie ihre Entlassung befürchteten. Ein Be-  
merk von dem Kürthe, eine eigene freie Übergangsgang zu be-  
wirken, ist das nicht. Dazu wurde die Abstimmung noch offen  
Dienstag 1801 vorgelesen, worauf Schluß der Versammlung  
erfolgte.

Dalberstadt. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 11. Jani in der „Münchener Bierhalle“. Kollege Baje legte die Abrechnung vom 1. Quartal vor. Der Bericht der Minisizes konnte nicht entgegengenommen werden, weil auch nicht einer von ihnen erschien war. Auch die zwei Partellbelegten gldngten durch Schwelenheit und die Mitglieder erhielten keinen Bericht über die Thätigkeit des Rectors. Vor allen Dingen darf man wohl erwarten, daß die Kollegen, die einen Posten inne haben, in den Versammlungen erscheinen, sonst kann man den übrigen Mitgliedern auch keinen Vormars machen, wenn sie den Versammlungen fern bleibhen. Es werden dann noch die Einwesenden aufgefordert, den Verbaud durch Entnahme von 25 Pf. Waren häufig zu unterstützen.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 23. Mai bei Hoyer, Hohe Bleichen, hielt Genosse Hermann einen Vortrag über: "Arbeiterinstitutionen unter Berücksichtigung der Arbeiterschaftsräte, Kartelle und Arbeitsnachweise". Am Anschluß hieran wurde folgende Resolution angenommen: "Die Zahlstelle Hamburg des Fabrikarbeiterverbandes erfüllt die Kartellkommission, der Frage eines kommunalen Arbeitsnachweises näher zu treten. Sie erhält in der Errichtung dieses Instituts, welches aus gleichen Theilen von Arbeitern und Arbeitgebern beaufsichtigt werden muß, eine wirtlich unparteiische Arbeitsvermittelung. Die Versammlung glaubt am besten die Leitung dem Gewerbegericht zu übertragen." Der Kartellvorsitzende wurde beauftragt, die Kartellkommission zu rufen, diese Resolution dem Bürgerschaftsmitgliede Stolten zur eventuellen Präsentation in der Bürgerschaft zu übergeben. — Dazu gab Ahrens den Bericht von 3 Kartellsitzungen. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige Mitgliederversammlung schließt sich der von der Kartellversammlung bezüglich der aus dem Kartell ausgegangenen Gewerkschaften beschlossenen Resolution an und erwartet, daß die ausgetretenen Gewerkschaften sich dem Kartell wieder anschließen werden." Nachdem noch beschlossen war, den gesamten Beitrag der Mainmänner den im Streik befindlichen Glasarbeitern und Gewerkschaftswebern zu senden und für die Rösliner Kollegen eine Summe dem Vorstand zu überweisen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Schulz.** Am 25. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung. Unter Punkt 1 wurden in zwei Fällen Unterstützungen bewilligt. Unter Punkt 2 erstattete der Delegierte Bericht vom ber Gaulonserang. Daan wurde die Errichtung einer Bibliothek beschlossen, die anzuschaffenden Werke sollen bildenden und beherrschenden Inhalts sein. Leider war die Versammlung schwach besucht, ein Nebelstand, unter dem unsere Versammlungen immer leiden.

Rassel. Am Sonnabend, den 8. Juni, tagte im Hotel des Herrn Machtüller unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Hugo erstattete den Bericht vom Stattell, indem er in Kurzem den Gang der Verhandlungen schilderte und die verschiedenen Beschlüsse mittheilte. Schumann wünscht, daß H. in der nächsten Sitzung anfragen soll, warum die Gewerbe-gerichtsbefreiter keinen Bericht mehr erstatten. Unter Verschiedenes führte Kollege Hunt Beschwerde, daß der "Präparator" den Bericht der öffentlichen Versammlung nicht gebracht hat. Kollege Bechmann besprach darauf den Harburger Streik und schloß mit einer Aufforderung, die dortigen Kollegen thalkräftig zu unterstützen. Kollege Hugo schloß sich den Ausführungen Bechmann's an und verwies zugleich auf die Tabakarbeiter-Außsperte in Nordhausen. Es gewinnte den Anschein, als wenn die Herren Fabrikanten plaudrig den lauen Geschäftsgang zu benutzen suchten, um den Arbeitern ihr Vereinigungrecht zu rauben. Demgegenüber müßte die organisierte Arbeiterschaft mit zähstem Widerstand auftreten. Auf Antrag des Kollegen Gref wurde beschlossen: „So lange der Harburger Streik dauert, hat jedes männliche Mitglied wöchentlich einen

25. Sitz.-Streitmarke zu nehmen und jedes weibliche Mitglied allmäthlich eine". Mit dem Wunsche, daß jeder Kollege mit ganzer Kraft mitlen möge, dem Verband auch hier mehr Mitglieder aufzuführen und die Versammlungen besser zu besuchen erfolgte Schluß der Versammlung.

unter der Gauverordnung der Gewerkschaften auf die Versammlung in Deutschland. Unter „Beschiedenes“ wurde von verschiedenen Kollegen vorgelegt, daß sich die Arbeiter nicht bewegen lassen, denn Verbände beschränkten. Es wurde daher vom Kollegen Heinrichs vorgeschlagen, die Stadt in Bezirke einzuteilen und dann eine Haus-Vigitation zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden sechs Bevölkerungsleiter gewählt. Die Vertheilung der Bezirke findet am Sonntag, den 9. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus statt. Zum Schluß der Versammlung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste dagegen, daß der Versammlungsbericht vom Monat März im „Proletarier“ keine Aufnahme fand. Ferner spricht die Versammlung ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Gauvorsitzende, Kollege Elbert, welcher als Referent schon mindestens drei Wochen vorher bestellt war, die Zahlstafel in letzter Stunde im Stiche ließ, ohne einen anderen Referenten zu bestellen.“ (Der Schmerz wäre gewiß zu verhindern gewesen, wenn auch der vorstehende auf  $4\frac{1}{4}$  Seiten unter breites Papier geschriebene Bericht den Weg aller interesslosen Berichte gewandert wäre, indeß ihr Wille geschehe. D. R.)

**Sengenfelde-Stellingen.** Am 5. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung im Sohle des Herrn Bickling in Stellingen. Der 1. Punkt der Tagesordnung, Vortrag der Kollegin Bieh, mußte wegen Richterscheitens der Referentin fallen, gelassen werden. Zum 2. Punkt, die Entloßung der Kolleginnen in der Wäscherei von Martens und die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe in diesem Betriebe, nahm zunächst der Kollege Böß das Wort; derselbe führte an, daß am Himmelfahrtstage in der benannten Wäscherei mehrere Wäscherinnen entlassen wurden, weil sie sich geweigert hatten zu arbeiten. Kollege Böß hat, da viele Bleicher, ohne sich um die gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern, an den Sonntagen arbeiten lassen, mit dem Gemeindeinspektor Rücksprache genommen. Für die Wäschereien besteht eine besondere Verfugung, wonach die Bleicher nur verzögert und, nach eingegoltener hördlicher Erlaubnis an 6 Sonntagen im Jahr arbeiten zu lassen. Doch darf an diesen Tagen die Arbeitszeit von acht Stunden nicht überschritten werden und muß bis 12 Uhr Mittags beendet sein. Diese Verfugung besteht für Altona und Wandse seit 1897, für Hamburg schon seit 24. Juni 1896. Da nun in dem Betriebe von Martens von 8 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags gearbeitet wird, so liegt hier eine direkte Nebestrafung der Wäscherinnen vor, welche zur Entlastung

gesetzt ist. Wittmann schlägt Weber nach einem Hall in der Vorstandssitzung von Bremg. an, wo ebenfalls eine Kollegen anstreben möchte, weil sie sich erweigete, nach Holzschind zu arbeiten, da die Dampfmaschinen unter die Verharrungen ihr Motorenschall aufsetzen kann. Innen die §§ 136—138 der Gewerbeordnung in Betracht kommen. Es ist nun aber festgestellt worden, daß über die Blätterzinnen am Mittwoch bis 10 Uhr, Freitags bis 12 Uhr und Sonntagnachs bis 2 Uhr die Arbeit fertig stellen und nochmals noch die Arbeitsräume reinigen müssen, jedoch es häufig nach 12 Uhr wird. Trotzdem die Verkürzungen in den Werkstätten eingespielen, daß die Schleiferinnen täglich mit 11 Stunden arbeiten müssen und die Arbeit Sonntagnachs um 8½ Uhr beendet sein muß. Wie steht es nun mit dem Arbeitsverhältnis überhaupt? Die Schleiferinnen erhalten einen Monatslohn von 22 Mtl. nebst Rost und Logis, die Arbeitszeit beträgt tatsächlich durchschnittlich 75—80 Stunden. Weidner zeigt dann sofort das Verhalten der Bleicher. Nachdem Weidner noch die Fortschritte der Bewegung unter den Fleischereiarbeitern und -Arbeiterinnen hervorgehoben, forderte er dieselben auf, nunmehr selbst mitzuwirken und neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen, dann sei der Zeitpunkt nicht mehr fern, um mit den unzufriedigen Zuständen aufzuräumen. Elsach wurde zum 3. Punkt übergegangen, die Agitation und das Verhältnis in den Fabriken. Bremg. schilderte der 1. Bevollmächtigte den bisherigen Verlauf der Agitation, die Mitgliederszahl sei im letzteren Zeit über 200 gestiegen, doch sei nur eine Steigerung der Mitglieder in der Dörfelarbeit zu verzeichnen. In der Leberfabrik von Westpfalz wurde eine Lohnreduzierung und Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen. Es wurde deshalb ein Stundenlohn von 44 bis 46 Pf. bei 9stündiger Arbeitszeit gezahlt, jetzt hingegen ein Stundenlohn von 40 Pf. und 10stündige Arbeitszeit. Bei der jetzigen Geschäftslage werden nur 8 Stunden gearbeitet. Bedauerlich aber sei, daß in diesem Betrieb "Viele sich dem Verbande angellossen haben; höchstlich werden sie sich jetzt aufraffen und sich mehr und mehr dem Verband anschließen. Unter Punkt „Innere Verbandsangelegenheiten“ verlas der erste Bevollmächtigte ein Schreiben des Kollegen Brey um Unterstützung der Ausständigen. Beschlossen wurde, Sammellisten zu liefern und hier zirkulieren zu lassen. Hierauf verlas der Kollege Hassen die Abrechnung vom Sommervergnügen, welche eine Einnahme von 131,50 Mtl. und eine Ausgabe von 97,50 Mtl., mitin einen Überschuß von 34 Mtl. ergab. Ein Antrag, den Betrag der Hauptlast zuguzuführen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, im Juli noch ein Sommervergnügen bei Gränzenburg auf Langenfelde abzuhalten.

**Weitzen.** Am 8. Juni tagte im Saale der „Goldenen Weintraube“ eine öffentliche Versammlung. Ueber „Der Klassenkampf auf gewerkschaftlichem Gebiete“ referirte Genosse Kiene-Dresden. Biedner entledigte sich seiner Ausgabe in einer einstündigen Rede in ausgezeichneter Weise. Er streifte die verschiedenen Kultursämpfe des Sklaventhums, der Betriebschaft und kam auf den Klassenkampf der Gegenwart zu sprechen, mit der Betonung, daß es Pflicht aller Arbeiter und Arbeitertinnen sei, sich zu organisiren, um für sich und ihre Kinder eine bessere Zukunft zu erringen. Die Versammlung, welche von ca. 300 Personen besucht war, brachte uns 13 neue Mitglieder. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am heutigen Tage in der „Goldenen Weintraube“ tagende öffentliche Versammlung verpflichtet sich hiermit, alle der Organisation noch fernstehenden Arbeiter aufzusordern, ihren gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten. Die Versammlung erkennt an, daß nur durch festen Zusammenschluß aller Arbeiter die heutige traurige Lage der Arbeiter besiegt werden kann.“

**Weggefährten.** Sonntag, den 16. Juli, stattfindungsweise, tagte im Saale des „Wittelsbacher Hauses“ eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Befreiung der Arbeiter aus der wirtschaftlichen Sklaverei“. Das Referat hatte Kollege Benz aus Friedenheim übernommen. Die gut besuchte Versammlung nahm die einstündigen Ausführungen mit Beifall auf. Die Diskussion handelte von der Baumwollspinnerei und Weberei und ihren Arbeitsverhältnissen. Es wurde behauptet, daß dort Arbeiterinnen durchschnittlich 51 Pfennig pro Tag verdienten. Ein Spinnmeister fühlte sich berufen, für die Fabrik eine Lunge zu brechen, aber die Versammlung schien nicht geneigt, seiner Vertheidigung der Spinnerei Glauben zu schenken. Er zog darauf von dannen. Eine Anzahl der Gescherten ließ sich aufnehmen.

Botsdorff. Am 16. Mai tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung in Glaser's Restaurant. Unter „Verschiedenes“ rügte der 1. Bevollmächtigte den schlechten Besuch der Versammlung. Trotzdem die Versammlung auf den ersten Tagen zuvor bekannt gegeben war, ließ der Besuch zu wünschen übrig. Um eine rege Anteilnahme an den Versammlungen herbeizuführen, wurde beschlossen, einen Versammlungsstempel anzufassen, und jedem Besucher seine Anwesenheit in der Versammlung durch Stempelabdruck zu bestätigen. Die Bau-Deputirten haben die Bücher zu kontrolliren. Dieser Antrag tritt mit dem 15. Juni in Kraft. Hierauf wird noch ein Antrag angenommen und sein Inkrafttreten auf den 15. Juni festgesetzt: „Kollegen, die sich Sonnabends beim 2. Bevollmächtigten die Arbeitslosigkeit nicht haben bestätigen lassen, haben in der folgenden Woche Beitrag zu bezahlen.“ Auf Anfrage, wie lange die Arbeitslosigkeit vom Beitrag befreit würde, wurde erwidert, daß immer die neunte Beitragswoche bezahlt werden möge.

**Gotschappel.** Am 8. Juni tagte eine Mitgliederversammlung im Gasthause „Zum deutschen Hause.“ Nach Vornahme verschiedener Wahlen wurde unter „Gewerkschaftlichem“ gebeten, daß „Deutsche Haus“ besser zu besuchen, sonst könnte es möglicher sein, daß wir bald kein Versammlungsstadel im Blauenstein Grunde haben, weil der verzeitige Solalbesitzer den gewünschten Aufschub nicht habe. Arbeiter, die ein Interesse daran haben, einen Saal zur Ablöschung ihrer Versammlung zur Verfügung zu haben, giebt es hier genug, dann sollen sie über auch nicht in andere Anreihen laufen, sondern ihr Solal besuchen. Ferner bekannte die Versammlung den Einemwolter Webern, den Glasarbeitern in Rienburg und Schwanstein und den Stelligen in Sutberg ihre volle Sympathie. Kollege Th. forderte auf, besonders mit Unterstützung die lastgenannten zu bedienen.

**Ragnit.** In Nachstehendem soll den Kollegen Deutschlands gesagt werden, was die Schalter im Osten zu erden haben, wenn sie einer Organisation angehören. Die Zahlstelle Ragnit wurde im Frühjahr 1900 gegründet.leich nach der Gründung wurde der 1. Bevölkerungsleiter Wisselit fast jeden Tag auf die Postverwaltung bestellt und man hatte die verschiedensten Fragen an denselben zu stellen. z. B. wie viel Mitglieder die Zahlstelle habe, wie viele zahlen, ob alle angemeldet sind usw. Diese Fragen wurden aber nicht auf einmal gestellt, sondern jeden Tag eine. Die verantwortlichen Lefer werden fragen, zu welchem Zweck? Gang einfach. Man sollte Wisselit wirtschaftlich schädigen, damit derjenige seines Amtes überdrüssig werde, um dann sein Amt niederzulegen. Wisselit steht in Ragnit in den schwierigen Listen und die Wühe, für Wisselit in Ragnit Arbeit zu bekommen, ist vergessen. Das ist kundenservice gefahren, hat Arbeit anderweitig erhalten, obwohl er schwere Opfer zu bringen hat, denn Frau und Kinder müssen verlassen werden, verlassen in der bittersten Not. Als Kollege Wisselit abgereist war, kam Kollege Schulz, der Kassierer der Zahlstelle ist, an die Reihe. Man hat's mit dem Kollegen Schulz ähnlich gemacht, auch er fiel seinen Verfolgern zum Opfer, er muß raus aus Ragnit. Er muß wieder seine Karriere in der bittersten Not aufzubauen, seiner Freunde den

